



Abgeordnete der Fraktion
in der Hamburgischen
Bürgerschaft

DIE LINKE.

Bürger*innenbrief

20. Mai 2020

Corona-Kommission +++ Wohnmisere +++ Bildungsungerechtigkeit & Inklusion +++ Fahrradstadt? +++ Lampedusa-Zelt

Liebe Leserinnen und Leser,



Hintergrund: Bio-Wochenmarkt in St. Georg, 20.3.2020
Fotos: Michael Joho

die letzte Ausgabe des »BürgerInnenbriefes« war ja neben der Coronakrise und einigen stadtentwicklungspolitischen Aspekten vor allem dem Abschied von Christiane Schneider als Mitherausgeberin und innenpolitischer Sprecherin der Linksfraktion gewidmet. Diese Ausgabe geht mit einigen Veränderungen einher, nicht unbedingt ein Neustart, doch eine Zäsur, die sich im Erscheinungsbild unseres monatlichen »BB«, wie wir ihn bisweilen liebevoll nennen, niederschlagen wird.

An die Seite von Heike Sudmann tritt als Mitherausgeberin Sabine Boeddinghaus, die neben ihrer Rolle als Co-Fraktionsvorsitzende auch als Fachsprecherin der Linksfraktion für die Bereiche Schule, Bildung, Jugend und Familie fungiert. Und an deren Seite wird sich neben Michael Joho, dem Referenten von Heike Sudmann, nun auch Hanno Plass einbringen, der Referent von Sabine Boeddinghaus. Den Aufgabenbereichen entsprechend werden wir also im BB ein größeres Augenmerk auf die schul- und bildungspolitischen Entwicklungen richten. Die »neuen« Themen dürften längst nicht nur die unmittelbar betroffenen Gruppen – vor allem Eltern, Schüler*innen und Lehrer*innen – interessieren, wir wollen sie auch als Ausdruck gesellschaftspolitisch widerstreitender (Klassen-)Interessen verstanden sehen. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang nur an den leider verloren gegangenen Volksentscheid für eine einheitliche, sechsjährige Primarstufe 2010; bis heute gilt die vorerst erhalten gebliebene

Zweigliedrigkeit im Hamburger Schulwesen als entscheidend für die soziale Ungleichheit und die Benachteiligung von Familien mit geringem Einkommen und mangelndem Zugang zu den Bildungsreichtümern unserer Gesellschaft. Natürlich werden allgemeine Entwicklungen in unserer Stadt und die von Heike Sudmann weiterhin verantwortete Stadtentwicklungs-, Wohnungs- und Verkehrspolitik ihren Stellenwert im BB behalten. Und auch Christiane Schneider wird uns, wenn auch seltener, mit Artikeln zur Innen- und Justizpolitik in Hamburg versorgen.

Zum äußeren Erscheinungsbild gehört auch eine genderechte Schreibweise. Als vor gut zwölf Jahren der erste »BürgerInnenbrief« noch unter Joachim Bischoffs Ägide erschienen ist, waren wir mit dem großen »I« vergleichsweise mit vorne, inzwischen scheinen wir damit aber ein wenig ins Hintertreffen geraten zu sein. Auch wenn wir unter uns Vieren nicht völlig einig sind, haben wir uns für einen sichtbaren Einschnitt entschieden: Aus dem »BürgerInnenbrief« wird mit dieser Nummer der »Bürger*innenbrief«.

Mit Beiträgen vorrangig zur Coronakrise, zur Bildungs-, Wohnungs- und Stadtentwicklungspolitik starten wir unsere erste gemeinsame Ausgabe. Und wie immer sind uns Beiträge der Leser*innen sehr willkommen.

Sabine Boeddinghaus und Heike Sudmann,
Hanno Plass und Michael Joho

Die Krise gemeinsam bewältigen

Sabine Boeddinghaus über eine Corona-Kommission zur Sicherstellung von Demokratie und Beteiligung



Lange geschlossen: Spielplätze (Foto: Michael Joho)

Wir erinnern uns, DIE LINKE erhielt bei der letzten Bürgerschaftswahl, die gefühlt in einer anderen Welt liegt, 9,1%. Übersetzt in Fraktionsstärke bedeuten sie 13 Abgeordnete, eine gute Mischung aus fünf »neuen« und acht »alten« Abgeordneten.

Niemand von uns konnte auch nur ahnen, dass unser erstes Treffen kurz vor den Frühjahrsferien für viele Wochen das letzte live und in Farbe bleiben sollte. Kein leichter Start für eine neue Fraktion, deren künftige Zusammenarbeit und gemeinsame Planung der politischen Arbeit selbstverständlich von regelmäßigem Austausch und notwendigen Diskussionen lebt. Seither läuft unsere gesamte Kommunikation über Telefon- bzw. Videokonferenzen, eine Erfahrung der besonderen Art. Ich hätte es nie für möglich gehalten, wie schmerzhaft ich den unmittelbaren Blickkontakt und das Mimenspiel meiner Genoss*innen vermissen würde und wie entscheidend sie für eine vertrauensstiftende Arbeit sind.

Der unbedingte Infektionsschutz machte auch der Partei einen gewaltigen Strich durch die Rechnung: So musste nämlich der für Anfang Mai geplante Parteitag mit einer gründlichen Wahl(kampf)auswertung und Neuwahl des Landesvorstandes in den Oktober verschoben werden. Auch für die Fraktion mussten wir uns auf wesentliche Aufgabe konzentrieren, etwa die Verteilung der Zuständigkeiten auf die neuen Fachsprecher*innen oder die Entscheidung über unser zukünftiges Stellentableau.

Zentral für unsere neue Fraktion war und ist aber die politische Auseinandersetzung mit dem neuen Virus. Die Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach in Bezug auf den Ausbruch des Corona-Virus Covid-19 von »der schlimmsten Katastrophe für unser Land seit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges«.

Mit Verabschiedung der Senatsdrucksache zur Aussetzung der Schuldenbremse hat die Bürgerschaft sogar »eine Naturkatastrophe« festgestellt. Sicher ist, dass die Covid-19-Epidemie eine schwere Krise für unser soziales, gesellschaftliches und wirtschaftliches Leben ausgelöst hat, deren Folgen für viele Existenz bedrohend, Angst machend und zutiefst verunsichernd sind und unüberschaubare und zum jetzigen Zeitpunkt schwer einzuschätzende Auswirkungen auf unser weiteres Zusammenleben nach sich ziehen werden.

Wir haben viele Tote zu beklagen und sind mit einem sich rapide verbreitenden Virus konfrontiert, dessen Wirkungsweise und Bekämpfung noch relativ wenig erforscht ist. Daher gab es eine breit getragene Akzeptanz – sowohl im Parlament als auch in der Hamburger Bevölkerung – der zahlreichen Maßnahmen, die unser öffentliches Leben, Arbeiten und schulisches Lernen nahezu auf Null gesetzt, Grundrechte eingeschränkt und unser privates Umfeld massiv reduziert haben. Erklärtes Ziel all dieser Maßnahmen war und ist es, unser Gesundheitssystem nicht zu überlasten und daher die Kurve neuer Infektionen möglichst flach zu halten.

Die Corona-Krise offenbart aber auch eine Krise unseres überwiegend privatisierten Gesundheitssystems, getrimmt auf Fallpauschalen und hohe Renditeerwartung und damit einhergehender unzulänglicher Ausstattung und Pflegebedingungen.

Die Corona-Krise verschärft die soziale Spaltung in der Stadt. Ihre verheerenden Folgen treffen diejenigen Menschen besonders hart, die bereits auf besondere Unterstützung angewiesen sind, und die Familien, die sich mit ihren Kindern in beengten Wohn- und prekären Lebensverhältnissen befinden. Ganz besonders deutlich werden diese sozialen Divergenzen

im sogenannten Homeschooling und den eingeschränkten Angeboten in Kitas und Jugendhilfeeinrichtungen.

Verständlich ist daher der Ruf nach baldigen Lockerungen der Schul- und Kitaschließungen, der Kontaktverbote und vieler weiterer sportlicher und kultureller Angebote bis hin zur Wiederaufnahme der Arbeit, des Betriebes, des Geschäftes u.v.m. Umso verantwortungsvoller und besonnener – in einem sehr reflektierten Abwägungsprozess zwischen Gesundheitsschutz und Wahrung der Freiheits- und Grundrechte – müssen diese beschlossen und umgesetzt werden.

Angesichts der beschriebenen Größe des Problems reicht es eben nicht aus, dass der Senat allein die nächsten Entscheidungen darüber trifft, welche Exitstrategie die richtige ist und welche Maßnahmen sinnvoll erscheinen, um sukzessive aus der Krise herauszufinden.

Die Opposition der demokratischen, in der Bürgerschaft vertretenen Parteien hat bisher nach der Maxime »Krisenbewältigung durch gemeinsame Verantwortung«, trotz einzelner Vorbehalte und Bedenken, die vom Senat getroffenen Entscheidungen in Form der etlichen Allgemeinverfügungen mitgetragen. Sie verzichtete weitgehend auf ihr Recht, Anfragen an den Senat zu richten (über das Verhalten der AfD ist einiges im letzten »Bürger*innenbrief« zu lesen), und hat dem Senatsantrag auf Aussetzung der Schuldenbremse zugestimmt, obwohl es keine parlamentarische Beratung gab und der zeitliche Vorlauf sehr überschaubar war. Das kann aber kein Dauerzustand werden. Im Gegenteil, die wirksame und nachhaltige Bewältigung dieser Krise braucht mehr Demokratie und nicht weniger.

Und da die Corona-Krise nahezu jeden einzelnen Hamburger und jede einzelne Hamburgerin betrifft und alle gemeinsam an einer guten Lösung mitarbeiten müssen, braucht der Senat ein zusätzliches Gremium, in dem sowohl er als auch die Opposition, aber auch Vertreter*innen aus Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammenkommen, um gemeinsam über die folgenschweren Auswirkungen der Krise zu beraten und sich an tragbaren und vertretbaren Bewältigungsstrategien zu beteiligen.

Daher haben wir einen entsprechenden Antrag in die Bürgerschaft eingebracht, der den Senat auffordert, eine Corona-Kommission ins Leben zu rufen, die zusammengesetzt ist aus Vertreter*innen des Senats, der Regierungs- und Oppositionsfraktionen, aus der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft. Dazu gehören Vertretungen der Geistes-, Rechts- und Naturwissenschaften und aus Gewerkschaften, Kammern, Arbeitgeber*innenverbänden, Umweltverbänden, Wohlfahrtsverbänden, Interessensvertretungen (Pflegebündnis) und migrantischen Selbstorganisationen.

Sie soll mindestens zweimal pro Monat tagen und hat die Aufgabe, auf Grundlage valider Daten und wissenschaftlicher Erkenntnisse kurz-, mittel- und langfristige Strategien und Maßnahmen zur wirksamen und nachhaltigen Bewältigung dieser Krise zu erarbeiten. Darüber hinaus wird sie beauftragt, in eingehender Analyse der Krise Konsequenzen aus dieser zu ziehen und daraus ableitend Vorschläge für nachgelagerte politische Entscheidungen zu erarbeiten. Dazu gehört

auch, einen Vorschlag für ein Präventionsprogramm in Anbetracht möglicher zukünftiger Krisen ähnlichen Ausmaßes vorzulegen.

Der Antrag wurde einstimmig an den von der Bürgerschaft eingesetzten, aber eben nur aus Abgeordneten bestehenden Corona-Sonderausschuss überwiesen. Ich bin sehr gespannt, welches Schicksal ihn dort ereilen wird...!

Als LINKE müssen wir konstatieren, dass auch wir in dieser Krise mehr Fragen als Antworten haben bzw. uns längst nicht in allen aufgeworfenen Fragestellungen und Bewertungen einzelner Maßnahmen einig sind. Breiter Konsens besteht aber darin, dass wir eine große Verantwortung dafür haben, dass die soziale Spaltung in unserer Stadt nicht noch krasser wird, nicht die Ärmsten, sondern die Vermögenden durch eine einmalige Vermögensabgabe die Lasten der Krise schultern müssen und das offensichtliche Versagen eines neoliberalen, privatisierten und durchökonomisierten Gemeinwesens glasklar analysiert und daraus die notwendigen Konsequenzen gezogen werden müssen. Ein »Weiter-So-Zurück-In-Eine-Neue-Normalität« wird es mit den LINKEN nicht geben. Die Bewältigung der Krise muss verbunden werden mit einem sozial-ökologischen und gerechten solidarischen Gesellschaftsmodell, der Stärkung der sozialen Infrastruktur und einer angemessen ausgestatteten öffentlichen Daseinsvorsorge in allen Lebensbereichen. Daran arbeiten wir!



Foto: Michael Joho

Die Wohnmisere wird sich weiter verschärfen

Michael Joho über Auswirkungen der Corona-Krise



Foto: Michael Joho

1. Dimensionen der Betroffenheit durch die Coronakrise

Unabhängig von der Zahl der mit dem Covid-19-Virus infizierten und der daran oder damit verstorbenen Menschen (und das waren laut Senatsangaben vom 17. Mai 5.029 positiv getestete und 232 verstorbene Personen)¹ haben wir es kurz- und mittelfristig mit einer enormen sozialen Herausforderung zu tun.

Besonders betroffen sind seit Anbeginn der Pandemie vor allem Menschen in prekären Verhältnissen, also die mindestens 2.000 Obdachlosen ohne jegliche persönliche Rückzugsmöglichkeit und die rund 31.500 Wohnungslosen, die unter teilweise höchst beengten Verhältnissen leben müssen. Nicht zufällig hatte »fördern & wohnen« schon im März 2020 prognostiziert, dass die Corona-Infektionsrate auf mindestens 20% (= 6.300 Infizierte) hinauslaufen könnte.² Ähnliche Dimensionen zeichnen sich im Übrigen für stationäre Einrichtungen ab. Dass »inzwischen jedes fünfte Pflegeheim der Stadt Covid-19-Erkrankte hat, besorgt die Gesundheitssenatorin«, berichtete Die Welt Mitte April.³ Zwei Wochen später waren bereits »mehr als 300 Infektionsfälle aus Hamburgs Pflegeheimen bekannt.«⁴ Laut Erhebung des Robert Koch-Instituts von Anfang Mai sind von den etwa 7.000 Coronatoten deutschlandweit mindestens ein Drittel in Pflegeheimen und anderen Betreuungseinrichtungen verstorben.⁵ Die Wohnverhältnisse sind also ein entscheidender Faktor für die Ausbreitung der Coronapandemie.

Doch wir sind erst am Anfang der sozialen Krise, auch der schweren Rezession, die sich nach übereinstimmender Meinung abzeichnet. Joachim Bischoff und Bernhard Müller sprechen bereits vom »schlimmsten wirtschaftlichen Abschwung seit der Großen Depression« ab 1929 und prognostizieren

u.a. einen Rückgang der Bautätigkeit, was die Probleme auf dem Wohnungsmarkt verschärfen würde.⁶ Infolge der Umsatzeinbrüche ab dem 11.3. (dem Ausgangspunkt für Laden- und Einrichtungsschließungen usw.) sind alleine bis zum 7.4. rund 36.000 Anträge auf Coronasoforthilfe eingegangen. »Zwei Drittel der Antragsteller seien Solo-Selbstständige«, so Finanzsenator Andreas Dressel. »Es gehe unter anderem um mehr als 6.000 Künstler, etwa 3.300 Gastronomiebetriebe und fast 3.000 Einzelhandelsgeschäfte.«⁷ Am 4.5. twitterte Finanzsenator Andreas Dressel diese Daten: »Bis heute Nachmittag hat unsere Förderbank IFB 382.266.978 € bewilligt (entspricht 39.486 Anträgen). Von den 54.840 Anträgen sind aktuell noch 15.354 in der Prüfung. Registrierte Antragsteller 76.315.«⁸ Am 18.5. gab der Senat diese Zahlen bekannt: »Bis heute konnten über 47.000 Anträge bearbeitet und ausgezahlt werden. Über 440 Mio. Euro an Fördergeldern wurden ausgezahlt und damit die Menschen und Unternehmen der Stadt unterstützt. Die Summe der Bewilligungen liegt bereits bei über 460 Mio. Euro, davon über 278 Mio. Euro aus Bundesmitteln (60%) und über 185 Mio. Euro aus Landesmitteln (40%). Ein Großteil der Anträge kommt von Solo-Selbständigen (rd. 68%) und Kleinunternehmen mit einer Größe von 1-5 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (rd. 23%). Bei der Bran-

¹ Senatsmitteilung vom 17.5.2020.

² F & w fördern und wohnen A6R (Hrsg.): Pandemieplan. Hamburg, März 2020. S. 11.

³ Die Welt online vom 14.4.2020.

⁴ NDR vom 27.4.2020.

⁵ NDR Nord online vom 6.5.2020.

⁶ Joachim Bischoff/Bernhard Müller: »The Great Lockdown«. In: Sozialismus.de, Hamburg, Nr. 5/2020, S. 7 u. 9.

⁷ NDR vom 8.4.2020.

⁸ Twittermeldung von Andreas Dressel vom 4.5.2020.

chenzuordnung liegen die Bereiche Kreativwirtschaft/Kunst/Kultur (rd. 10.400 Anträge) und Gastronomie (rd. 5300 Anträge) vorne.⁹

Die Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt sind fatal: Ende April 2020 gab es in Hamburg 77.518 (= 7,3%) gemeldete Arbeitslose, knapp 11.000 mehr als im Monat zuvor und fast 15.000 mehr als im Vergleichsmonat April 2019.¹⁰ Die Arbeitslosigkeit hat damit den höchsten Stand seit zehn Jahren erreicht.¹¹ Dramatisch angestiegen ist zudem die Zahl der Kurzarbeiter*innen, sie lag Ende April bei mehr als 60.000.¹² Laut Information der Agentur für Arbeit hat bis Ende des Monats aber bereits ein Drittel aller hiesigen Unternehmen (= 19.235) für 272.900 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (= 26,9%) Kurzarbeit angemeldet.¹³ Laut Ausführungen von Sozialsenatorin Melanie Leonhard hätten bis Mitte Mai bereits 19.235 Firmen Kurzarbeit angemeldet, mehr als 14.000 Menschen müssten krisenbedingt HartzIV beantragen, darunter etliche Freiberufler*innen und Soloselbstständige, bei denen das Kurzarbeitergeld nicht reicht.¹⁴ Da die angemeldete Kurzarbeit nicht annähernd ausgeschöpft wird, ergeben sich die wahren Kurzarbeitszahlen erst in den kommenden Monaten.

Nichtsdestoweniger, die Konsequenzen für zehntausende Beschäftigte sind einschneidend: Wer in die Kurzarbeit rutscht, erhält kurzfristig nur 60% des pauschalierten Nettoentgelts ausgezahlt, mit Kindern 67%. Die gleichen Werte gelten auch für Empfänger*innen von Arbeitslosengeld. Wir haben es also kurzfristig mit mehreren zehntausend Menschen zu tun, die womöglich über etliche Monate mit 60 bzw. 67% ihres letzten Nettolohnes auskommen müssen.

Auch die am 22. April beschlossenen Erhöhungen des Kurzarbeitsgeldes¹⁵ auf 70/77% nach dem vierten bzw. 80/87% nach dem 7. Monat - und alles begrenzt bis maximal zum 31. Dezember 2020 - werden die sozialen Belastungen nicht wirklich abfedern. Und die langfristigen Auswirkungen sind derzeit noch gar nicht absehbar. Pessimistische Prognosen von Hamburger Experten des Euler-Hermes-Kreditversicherers sagen eine »riesige Insolvenzwellen vorher«,¹⁶ und der Direktor des Hamburger Wirtschaftsforschungsinstituts (HWWI), Henning Völpel, hält »es nicht für unrealistisch (...), dass wir in diesem Jahr noch mehr als 100.000 Arbeitslose in Hamburg haben werden.«¹⁷

Mit Blick auf die Wohnungspolitik und vor allem die von der Coronakrise betroffenen Menschen heißt das bisher Ausgeführte zusammengefasst, dass

- für mindestens 2.000 Obdachlose, die auf der Straße überleben müssen, schnellstmöglich temporäre Unterbringungskapazitäten vonnöten sind, da dauerhafter Wohnraum nicht so schnell zu finden ist;
- für rund 31.500, teilweise zusammengepferchte, der Infektion weitgehend schutzlos ausgelieferte Wohnungslose schnellstmöglich vernünftiger Wohnraum zur Verfügung gestellt werden muss;
- für die rund 16.300 Menschen, die vollstationär in Alten- und Pflegeheimen leben (Ende 2017), geprüft werden muss, ob und wie ggfs. die Unterbringungsverhältnisse zu verbessern sind (indem z.B. Covid-19-Erkrankte verlässlich



Foto: Michael Joho

von den anderen Bewohner*innen getrennt werden können);

- für mehrere tausend, womöglich einige zehntausend (Solo-)Selbstständige wenigstens enorme Einkommensverluste eingetreten sind, die auch die Begleichung der Wohnkosten infrage stellen;
- für viele zehntausend Kurzarbeiter*innen in den kommenden Wochen und für 10.000 bis 40.000 zusätzliche Erwerbslose womöglich über das Jahresende hinaus Mieterleichterungen und Wohnraumschutz realisiert werden, die den betroffenen Haushalten das eigene Dach über dem Kopf sichern;
- für eine noch unbekannte Zahl von selbst nutzenden Eigentumswohnungsbesitzer*innen, die infolge der Coronakrise die Kredite nicht mehr bedienen können, ebenfalls der Wohnraum gesichert wird.

In den folgenden Abschnitten erfolgt eine Konzentration vorrangig auf die Lage der Wohnungsmieter*innen.

2. Wohnungspolitische Maßnahmen von Bundesregierung und Senat

Naturgemäß standen und stehen bei einer Pandemie vorrangig gesundheitspolitische und medizinische Maßnahmen im Mittelpunkt. Die kurz-, mittel- und langfristigen Auswirkungen der Coronakrise auf die sozialen Verhältnisse, den Arbeitsplatz und das Grundrecht auf Wohnen sind allerdings für große Teile der Bevölkerung ebenfalls von existenzieller Bedeutung.¹⁸

⁹ Pressemitteilung der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation vom 18.5.2020: www.hamburg.de/pressearchiv-fhh/13920902/2020-05-18-bw-vi-corona-schutzschirm/

¹⁰ Hamburger Abendblatt vom 2./3.5.2020.

¹¹ NDR vom 30.4.2020.

¹² Hamburger Abendblatt vom 25./26.4.2020.

¹³ Hamburger Morgenpost vom 30.4.2020.

¹⁴ NDR vom 14.5.2020.

¹⁵ Pressemitteilung des Bundesfinanzministeriums vom 23.4.2020.

¹⁶ Hamburger Morgenpost vom 12.5.2020.

¹⁷ Hamburger Abendblatt vom 2./3.5.2020.

¹⁸ Die Belege für die nachfolgenden Ausführungen sind meinen Papieren »Auswirkungen und Forderungen im Bereich Wohnen« vom 6.4.2020 sowie der Materialsammlung »Zur Wohnungspolitik in der Coronakrise« vom 5.5.2020 zu entnehmen.

Der Hamburger Senat und die Bundesregierung haben relativ schnell mit Maßnahmen zur temporären Entspannung auf dem Wohnungsmarkt beigetragen:

- So kündigte die Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen (BSW) am 18.3. an, für Wohnungs- und Gewerbetreibende*innen der SAGA Stundungsvereinbarungen und Mieterhöhungen zunächst bis Ende April auszusetzen, fristlose Kündigungen und Zwangsräumungen sollten »vermieden« werden.
- Die Justizbehörde erklärte am 20.3., dass Zwangsräumungen und Stromsperrungen bis auf weiteres ausgesetzt seien. Am selben Tag erklärte die Umweltbehörde für die städtischen Strom-, Wasser- und Gasunternehmen, vorerst keine Sperren oder Mahnverfahren zu betreiben.
- Die BSW appellierte am 27.3. zusammen mit dem Bündnis für Wohnen an die gesamte Wohnungswirtschaft, auf Mieterhöhungen während der Krise zu verzichten und Mietstundungen problemlos zu ermöglichen.
- Auf Bundesebene wurde auf die prekäre Situation mit dem am 27.3. im Bundesgesetzblatt veröffentlichten »Gesetz zur Abmilderung der Folgen der Covid-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht« reagiert. Im Art. 240, § 2, wird fixiert, dass Mieter*innen zwischen dem 1.4. und dem 30.6.2020 »nicht allein« wegen ausbleibender Mietzahlung gekündigt werden können, »sofern die Nichtleistung auf den Auswirkungen der Covid-19-Pandemie beruht«. Zahlungsrückstände bis zum 30.6.2022 berechtigen nicht zur Kündigung, sie können jedoch mit bis zu 4% verzinst werden. Diese Regelungen gelten nur für Verträge, die vor dem 8.3.2020 abgeschlossen wurden. Sollte sich der Zeitraum als zu kurz erweisen, kann die Aussetzung der Mietzahlung evtl. noch bis Ende Juli 2021 erweitert werden.
- Die BASFI (Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration) erklärte am 30.3., dass bei in Not geratenen Personen (Jobverlust, Insolvenz usw.), die kein Arbeitslosen-, Kurzarbeiter- bzw. Wohngeld beziehen, ohne weitere Prüfung der Wohnungsgröße und der Vermögensverhältnisse (erklärt werden muss lediglich, dass das Eigentum »nicht erheblich« ist) die Miete für bis zu sechs Monate übernommen wird. Der Antrag auf existenzsichernde Leistungen nach SGBII oder SGBXII muss unter Verweis auf die Coronauswirkungen zwischen dem 1.3. und dem 30.6.2020 gestellt werden. Nach einem halben Jahr können dann wieder Kostensenkungsverfahren eingeleitet werden.
- Eine weitere Regelung des vom Bundestag am 25.3. beschlossenen »Sozialschutz-Pakets« (Bundestags-Drs. 19/18107) sieht baurechtliche Vereinfachungen vor: »Baugesetzbuch und Infektionsschutzgesetz. Angesichts des »möglichen und erforderlichenfalls sehr rasch zu deckenden Bedarfs an weiteren Räumlichkeiten« zur Versorgung von mit dem Coronavirus Sars-CoV-2 infizierten oder möglicherweise infizierten Personen werden im notwendigen Umfang und zeitlich befristet Abweichungen von bauplanungsrechtlichen Vorgaben und Standards des Baugesetzbuchs ermöglicht. Damit soll einem akuten Bedarf in der gebotenen Eile Rechnung getragen werden können.«

Zusammengefasst bedeuten diese Verordnungen, Gesetze und Appelle, dass im Zuge der Coronabetroffenheit seit Mitte, spätestens Ende März

- keine Mieterhöhungen mehr stattfinden sollten, weder bei der SAGA noch der übrigen Wohnungswirtschaft;
- Stundungs-, Kündigungs- und Räumungsverfahren sowie Sperren aller Art ausgesetzt sein dürften;
- Einkommensverluste und Zahlungsprobleme für einen Zeitraum von bis zu sechs Monaten in Hamburg durch die Übernahme der Mietkosten staatlich ausgeglichen werden können;
- säumige Mietzahlungen auf Bundesebene keineswegs aufgehoben, sondern nur – spätestens bis zum 30.6.2022 – aufgeschoben sind und mit bis zu 4% verzinst werden können.

3. Die realen Wohnungsprobleme von Betroffenen der Coronakrise

Es gibt Hinweise, dass private Hauseigentümer*innen auch in diesen Wochen nicht auf Mieterhöhungen verzichten. Doch die »Hamburger Morgenpost« berichtete am 25.4. vermutlich auch über einen Einzelfall: die Verwaltungsfirma Gladigau Immobilien und einige mit ihr verbundene, anonyme Eigentümer*innen, die ihren Mieter*innen in insgesamt 95 Wohnungen die Miete im Mai erlassen würden (für einige Wohnungen galt das wohl schon vorher).

Die SAGA hat bis Ende März 2020 allmonatlich Mieterhöhungsverlangen jeweils an einige tausend ihrer Mieter*innen verschickt. Die im Januar verschickten Erhöhungen sollen bestehen bleiben, die ab Februar verschickten Erhöhungen sollen vorerst bis Anfang Juli ausgesetzt werden. Die SAGA plant in diesem Jahr noch für 1.800 Wohnungen die Mieten mit Wirkung ab Oktober 2020 zu erhöhen.¹⁹

Per Pressemitteilung vom 17.4. hat der »Verband norddeutscher Wohnungsunternehmen« (VNW) für seine 383 Wohnungsgenossenschaften und -gesellschaften mit rund 738.000 Wohnungen und ca. 1,5 Mio. Mieter*innen in Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern erklärt, dass bisher nur »in 2.490 Fällen die Wohnungsmieten als Folge der Corona-Pandemie ausgefallen« seien. Auf der Basis einer Umfrage unter 1.003 Mieter*innen bezifferte »Haus & Grund« genau eine Woche später den Anteil der Mieter*innen, die wegen der Coronakrise ihre Miete nicht mehr zahlen könnten, mit 6,9%; 17,6% der Befragten könnten »noch nicht abschätzen, ob sie ihre Miete weiterhin zahlen können«. Am 14.5. teilte der VNW in einer Pressemitteilung mit, dass vier von fünf der angeschlossenen Unternehmen »wegen der Corona-Pandemie in ihrem Geschäftsbetrieb beeinträchtigt« seien, vor allem mit Blick auf Verzögerungen bei Bauvorhaben.

Laut bundesweitem Wohn-Indexwert sind die Neuvertragsmieten in Hamburg im I. Quartal 2020 gegenüber dem Vorjahresquartal um 2,6% auf 10,70 €/qm gestiegen (im Bundesdurchschnitt um 0,6%, in Berlin minus 1,9%). So das Ergebnis des Instituts »Forschung+Beratung« (F+B) laut Pressemitteilung

¹⁹ Laut Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion vom 15.5.2020 (Drs. 22/190).

lung vom 27.4. Wegen des knappen Erhebungszeitraumes (I. Quartal) ist die Untersuchung hinsichtlich der Auswirkungen der Coronakrise ab Mitte März sicher mit Vorbehalt zu betrachten: Von der 10. Kalenderwoche/KW (2. bis 8.3.) bis zur 15. KW (6. bis 12.4.) nahm die Zahl der neu annoncierten Mietwohnungen signifikant um 38% ab. Im Zeitraum 10. KW bis zur 16. KW (13. bis 19.4.) blieben die Durchschnittsmieten neu angebotener Mietwohnungen weitestgehend gleich, mit einem kleinen Ausschlag nach unten (in Hamburg von 14,70 €/qm in der 10. KW auf 14,46 €/qm in der 16. KW; im Durchschnitt der sieben Wochen waren es 14,51 €/qm). Von Anfang März bis Anfang Mai 2020 sind die Mieten in Hamburg im Schnitt um ein Prozent gestiegen.²⁰ Zugleich haben wir es gerade in Hamburg weiter mit einem erheblichen Wohnungsmangel vor allem im günstigen Preissegment zu tun. Für den Hamburger Mietervereinschef Chychla (Mopo online, 15.4.2020) bleibt der »Mietmarkt extrem angespannt«. Ob insgesamt für 2020 ein leichter Anstieg der Mieten erwartet werden kann²¹ oder die Krise, gar eine anhaltende Rezession, für leicht sinkende Preise sorgt,²² bleibt gegenwärtig noch offen.

Der Senat weigerte sich im März/April beharrlich, massenhaft leerstehende Hotelzimmer zur temporären Unterbringung von Obdachlosen anzumieten. Was Rot-Grün offenbar nicht kann oder will, machte das Hamburger Unternehmen Reemtsma Cigarettenfabrik GmbH durch eine Großspende von 300.000 € zumindest für rund 250 Obdachlose möglich. Immerhin hat der Senat Ende März das Winternotprogramm als »Notunterbringungs- und Versorgungsprogramm« bis Ende Juli verlängert und um eine Notunterkunft für 50 Frauen erweitert. Auch sind weitere Duschmöglichkeiten in einem Schwimmbad geschaffen worden.

4. Alternative wohnungspolitische Forderungen

Grundsätzlich ist anzustreben, dass in der anhaltenden Krise (und unmittelbar danach) niemand sein Zuhause oder die wirtschaftliche Existenzgrundlage verlieren darf. Oberste Ziele linker Wohnungspolitik in der Coronakrise sollten daher sein,

- das Grund- und Menschenrecht auf Wohnen und die Sicherung des Wohnraumes einzufordern, genauer: auf eine eigene Wohnung, gerade in einer solchen Zeit der Pandemie, in der das Zuhause den sichersten Schutz vor einer Ansteckung bietet;
- Obdachlose kurzfristig sicher und individuell unterzubringen;
- Obdachlose und Wohnungslose, die in besonders engen Unterkünften leben, schnellstens zu verteilen bzw. mit vernünftigem Wohnraum zu versorgen;
- gefährdete Wohnungsmieter*innen kurz- und mittelfristig zu entlasten (Mietübernahme, Verzicht auf Mieterhöhungen, Stundung von Nebenkosten usw.) und grundsätzlich den Wohnungsverlust zu verhindern;
- bei der Finanzierung der Corona-Hilfspakete im Allgemeinen und der wohnungspolitischen Maßnahmen im Besonderen die Vermögenden und natürlich auch die Immobilienwirtschaft heranzuziehen.

Die im Abschnitt 3 gelieferten Erklärungen, auf Mieterhöhungen, Strom-, Gas- und Wassersperren, Stundungs-, Kündigungs- und Räumungsverfahren usw. in den Zeiten der Coronapandemie zu verzichten, sind positive Zeichen. Allerdings tauchen diesbezüglich zwei grundlegende Probleme auf: Zum einen sind mit diesen hehren Ansagen keine Prüfungen vor allem im privatwirtschaftlichen Bereich verbunden, die für eine komplette Durchsetzung z.B. beim Verzicht auf Mieterhöhungen Sorge tragen würden. Zum anderen, und dies dürfte in der nächsten Zeit noch viel bedeutender sein, sind die oben angeführten Maßnahmen grundsätzlich befristet und haben meist eine mehrmonatige Laufzeit, auch wenn es verschiedentlich heißt, diese unter Umständen zu verlängern. Vorübergehend eine Mieterhöhung auszusetzen und bestenfalls die Erhöhungssumme den Mieter*innen für einige Monate gutzuschreiben, wie es ausgerechnet die SAGA praktiziert, geht an den Problemen von tausenden Haushalten vorbei. Denn die finanziellen Engpässe und Folgen von massenhafter Kurzarbeit und Arbeitslosigkeit, von mangelnden Aufträgen bei Soloselbständigen und massiven Umsatzverlusten bei Ladeninhaber*innen sind nicht mit dem (erklärten) Ende der Coronakrise aus der Welt geschafft, sondern sie werden sich über Wochen und Monate auf türmen und für nicht rückzahlbare Kosten- und Schuldenberge sorgen. Von daher:

- Für das ganze Jahr 2020 sollten sämtliche Vermieter*innen auf eine Mieterhöhung verzichten, allen voran die SAGA. Im Bündnis für das Wohnen kann auf die private Wohnungswirtschaft eingewirkt werden, allerdings muss die Umsetzung auch kontrolliert werden.
- Kündigungen coronabetroffener, in finanzielle Schwierigkeiten geratener Wohn- und Gewerbemieter*innen sollen mindestens bis Jahresende 2020 grundsätzlich unterbleiben, im Einzelfall bis zur Überwindung der prekären Lage.
- Mit dem Deutschen Mieterbund ist auf Bundesebene zu fordern, dass die Nachzahlung ausgefallener Mieten vor Juni 2022 nicht nur vor einer fristlosen, sondern auch vor einer ordentlichen Kündigung schützt. Verzugszinsen sollen nicht erhoben werden, der Kündigungszeitraum auf mindestens sechs, besser zwölf Monate verlängert werden.
- Wichtig wäre für die in finanzielle Bredouillen geratenen Mieter*innen von Wohnraum oder Gewerbeflächen die Möglichkeit zu schaffen, auch längerfristig auf zinsfreie Kredite zurückgreifen zu können, um daraus nicht zuletzt sich anhäufende Miet- und Nebenkosten bestreiten zu können. Vonnöten sind ein Moratorium für Hypothekenzahlungen für selbstnutzende Wohnungseigentümer*innen und bei Bedarf zinslose Überbrückungskredite, nicht zuletzt für Wohnungsgenossenschaften, die ihre Kredite corona- bzw. mietausfallbedingt nicht mehr bedienen können oder sonstwie in Zahlungsschwierigkeiten geraten.
- Infolge der Coronapandemie entstandene Probleme (Kurzarbeit, Arbeitslosigkeit) und Einkommensverluste sollen

²⁰ Hamburger Abendblatt vom 14.5.2020.

²¹ Hamburger Morgenpost online vom 15.4.2020.

²² Der Spiegel online vom 20.4.2020.

hinsichtlich der Sicherung des Wohnraumes dahingehend gelöst werden, dass etwaige Mietschulden erlassen bzw. auch über einen längeren Zeitraum als sechs Monate hinaus übernommen werden. Vergleichbares muss auch für Strom-, Gas- und Wasserrechnungen gelten.

- Auch für kleine, inhabergeführte Läden und für Soloselbstständige muss die bisher im Rahmen der Coronasoforthilfe gewährte Unterstützung verlängert bzw. aufgestockt werden, um die wirtschaftliche Existenz dieser Menschen und damit letztlich auch ihre Wohnung zu sichern.

Besonders betroffene gesellschaftliche Gruppen bedürfen in Krisenzeiten des besonderen Schutzes. Dies gilt für alle diejenigen, die entweder gänzlich ohne ein eigenes Zuhause auskommen oder in eng gedrängten Sammelunterkünften wohnen müssen. Die wichtigsten Forderungen seien hier nur kurz noch einmal erwähnt:

- Obdach- und Wohnungslose sollen schnellstens in (leeren) Wohnungen untergebracht werden!
- Sammelunterkünfte sind schnellstmöglich aufzulösen!
- Leerstehende Wohnungen und illegal genutzte »Ferienwohnungen« sollen im Hinblick auf deren Zweckentfremdung und die allgemeine Notlage akquiriert werden.

Die Freie und Hansestadt Hamburg muss alles tun, einem etwaigen Rückgang der Bautätigkeit entgegenzuwirken und die Anzahl sowie den Anteil der Sozialwohnungen – vorrangig der SAGA und der Genossenschaften – sukzessive auszubauen. Mietpreis- und Belegungsbindungen sind nachhaltig auszudehnen, um den anwachsenden Anteil an Haushalten mit geringem Einkommen dauerhaft mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Dem anhaltenden Mietenwahnsinn ist mit einem Mietendeckel Einhalt zu bieten, wie es Berlin seit einigen Monaten erfolgreich vormacht.

Die entscheidende Frage der weiteren Zukunft wird sein, wer denn die Kosten für die enormen Hilfs- und Unterstützungsprogramme zahlen wird. Zunächst einmal ist die gegenwärtige Krise ein Lehrbeispiel dafür, dass die sogenannte Schuldenbremse aus der Hamburgischen Landesverfassung wieder verschwinden muss, sie behindert allgemein die nötigen öffentlichen Investitionen, erst recht in Zeiten der Krise.

Die Übernahme von coronabedingt entstandenen Mietschulden beim Wohnraum sollen nicht alleine vom Staat, also von uns Steuerzahler*innen, geschultert werden. Vielmehr müssen auch die Vermögenden mit einer Sonderabgabe und die in den letzten Jahren üppige Gewinne verzeichnende Wohnungswirtschaft herangezogen werden. Zu begrüßen ist die Initiative von 157 Wissenschaftler*innen, die Ende März in ihrem Aufruf »Immobilienwirtschaft an den Kosten der Corona-Krise beteiligen«²³ den Vorschlag unterbreitet haben, ein sofortiges Moratorium von Kündigungen, Zwangsräumungen, Mieterhöhungen, Energie- und Wassersperren für Wohn- und Gewerbemieter*innen zu verhängen und für einen von der Immobilienwirtschaft gespeisten Hilfsfonds für in Not geratene Vermieter*innen zu unterstützen.

²³ <https://zeitschrift-suburban.de/sys/index.php/suburban/announcement/view/72>

Um »Klimagerechte Mobilität für alle« geht es in einem neuen AttacBasisText aus dem VSA: Verlag. Auf 96 Seiten liefert er »Rüstzeug für eine konsequente Verkehrswende: Um den Klimakollaps zu verhindern und gleichzeitig allen Menschen Mobilität zu ermöglichen, muss motorisierter Individualverkehr radikal verringert, Fuß- und Radverkehr sowie das Angebot von Bus und Bahn schnell und umfassend ausgebaut und für alle erschwinglich werden.« Die Autoren engagieren sich in der Attac-Kampagne »einfach umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle«.



Hendrik Auhagen/Thomas Eberhardt-Köster/Achim Heier/Mark Herterich/Hermann Mahler/Volker Röske/Carl Waßmuth/Winfried Wolf

Klimagerechte Mobilität für alle

Verkehr der Zukunft nicht den Konzernen überlassen
AttacBasisTexte 57
96 Seiten | April 2020 |
EUR 7.00
ISBN 978-3-96488-048-2

Ein Auszug: »Verkehrspolitik war in Deutschland jahrzehntelang nichts anderes als Verkaufspolitik für die Autoindustrie. Autobahnen und Schnellstraßen wurden ausgebaut, Zugverbindungen stillgelegt. Stadtentwicklung orientierte sich an den Bedürfnissen des wachsenden PKW-Verkehrs. Güterverkehr wurde systematisch von der Schiene auf die Straße verlegt.

Diese Politik stößt an ihre Grenzen und trifft auf breitere Proteste. Mit diesem Basistext werden die Positionen und Forderungen von Attac ergänzt und vertieft. Die Erfahrungen aus 20 Jahren Globalisierungskritik und sozialer Bewegung haben gezeigt, dass ohne ein Aufbrechen der herrschenden wachstums-, konkurrenz- und profitgetriebenen kapitalistischen Wirtschaftsweise grundlegende gesellschaftliche Veränderungen nicht möglich sind. Zentrale Akteure in dieser Wirtschaft sind Konzerne. Konsequenter emanzipatorische Verkehrspolitik muss also den Einfluss der Konzerne und der mit ihr verflochtenen Lobby zurückdrängen.

Dazu hat Attac die Kampagne »einfach umsteigen – Klimagerechte Mobilität für alle« gestartet, in der die Autoren engagiert sind. In der neuen breiten Bewegung für eine umgehende Verkehrswende müssen alle relevanten zivilgesellschaftlichen Akteure an einem Strang ziehen: Klimagerechtigkeits- und globalisierungskritische Bewegung, umwelt- und verkehrspolitische Verbände, Parteien, Gewerkschaften und aktivistische Gruppen.«

Im Buchhandel oder bei www.vsa-verlag.de

Corona, Krise und Bildungsgerechtigkeit

Von Sabine Boeddinghaus und Hanno Plass



Homework (Foto: Dean Shareski, flickr/CC BY-NC 2.0)

Für einen ersten Eindruck unserer Arbeit im Bildungsbereich wollen wir eine Zustandsbeschreibung der Lage unter Corona-Bedingungen in zwei Teilen skizzieren. In dieser Ausgabe des »Bürger*innenbriefes« (BB) richten wir unser Augenmerk auf die Entwicklung vom Tag des Lockdowns bis zu den Maiferien und im zweiten Teil – im nächsten BB im Juni – beschäftigen wir uns mit dem Protest gegen die aktuellen Um- und Zustände in den Schulen und den Elternhäusern und die (einsamen) Entscheidungen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB).

Seit dem 16. März ruht der reguläre Schulbetrieb in Hamburg. Zuerst verlängerte die BSB die Ferien für zwei Wochen, dann führte sie den »Fernunterricht« für die über 200.000 Schüler*innen ein. Dieser Zustand hält nun seit zwei Monaten an. Es ist nicht abzusehen, wann ein regulärer Schulbetrieb wieder aufgenommen wird. Schulsenator Ties Rabe stellt in Aussicht, dass der Fernunterricht Schüler*innen, Lehrkräfte und Eltern auch nach dem Sommer noch lange beschäftigen wird.

Mit einem Schlag waren die Schulen geschlossen, Schüler*innen und ihre Eltern mussten sich im Homeschooling und Homeoffice organisieren, Lehrer*innen waren angehalten, freiwillige Lernangebote für ihre Schüler*innen zu entwickeln. Der Zugang zu digitalen Endgeräten, Computern, Laptops oder Tablets wurde essentiell, um neben zweidimensionalen Aufgabenzetteln teilzuhaben an den Versuchen von Lehrer*innen, einen lebendigen Unterricht durch Videokonferenzen zu ersetzen.

Schnell wurde klar: Wer nicht über die technische Ausstattung verfügt, ist außen vor. Ausgeschlossen sind auch die Schüler*innen, die nicht über ausreichende Kompetenzen in der digitalen Welt verfügen. Ebenso trifft der Ausschluss diejenigen, die nicht über eine ruhige Lernumgebung oder ei-

nen eigenen Arbeitsplatz verfügen. Wenn mensch allein die Zahlen derer als Grundlage nimmt, denen in Hamburg Mittel aus dem »Bildungs- und Teilhabepaket« der Bundesregierung zustehen, sprechen wir von knapp 40.000 schulpflichtigen Kindern.

Die soziale Problemlage war also von Beginn der Schulschließung an enorm. Corona legt den Finger in die Wunden unseres Schulsystems, das es bis jetzt nicht vermag, die Bildungsgerechtigkeit zu kompensieren. Neben vielem anderen ist dies ein seit 20 Jahren in jeder PISA-Studie wiederkehrender Befund für Deutschland: In keinem anderen europäischen Land ist der Bildungserfolg so eng an die soziale Herkunft gebunden wie hier.

Auf dem Boden eines sowieso schon ungerechten Bildungssystems, das die soziale Herkunft überbetont, beschleunigte die Schulschließung genau diesen Effekt. In vielen Elternhäusern lässt es sich noch schlechter lernen als in der Schule, sind die Schüler*innen noch stärker abhängig von der pädagogisch-emotionalen Förderung und materiellen Ausstattung ihrer Elternhäuser. Die BSB gestand erst – aber immerhin – nach einigen Wochen ein, dass ungefähr ein Drittel der Hamburger Schüler*innen vom digitalen Fernunterricht abgehängt sei. Jede*r dritte Schüler*in!

Mit Blick auf die im März noch bevorstehenden Abschlussprüfungen gingen Schüler*innen bundesweit auf die Barrikaden, starteten Online-Petitionen und reichten Eingaben ein, allesamt im selben Tenor und mit denselben Forderungen: Angesichts des Ausnahmezustands durch den Corona-Virus und der daraus resultierenden Belastungen sei es unverantwortlich, die Prüfungen wie gehabt beizubehalten.

Der Schulsenator rechtfertigte seinen harten Kurs damit, dass seine Entscheidungen mit der Kultusministerkonferenz (KMK) abgestimmt seien und ein einheitliches Vorgehen der

Länder widerspiegeln. Doch Hamburg ist beispielsweise das einzige Land, das ausdrücklich die Leistungen der Kinder und Jugendlichen im »Fernunterricht« in die Notenbildung dieses Schuljahres einbezieht. Alle anderen Länder bewerten den Fernunterricht nicht oder unter der Maßgabe, dass die Schüler*innen sich verbessern können. Die KMK bezog sich in ihren Empfehlungen zu den schrittweisen Öffnungen der Schulen auf ein Papier der wissenschaftlichen Akademie Leopoldina. Doch KMK bzw. Hamburger BSB weichen von der Leopoldina in einem wesentlichen Punkt ab. Die Wissenschaftler*innen empfahlen nämlich, die Schulen nach dem Gesichtspunkt der pädagogischen Bedürftigkeit zu öffnen, also von niedrigen Jahrgängen aufsteigend, um Kindern Begleitung, Betreuung und ein gemeinsames Lernumfeld zu geben. Ältere Schüler*innen könnten eher aus der Ferne lernen. Der Grundschulverband hatte den sozialen Aspekt als zentrales Kriterium für die Schulöffnungen genannt. In Hamburg wurde aber alle Pädagogik über Bord geworfen und die Schulöffnung allein nach Leistungskriterien entschieden – zuerst sollten die Abschluss- und Übergangsklassen kommen.

Die BSB wird versuchen, im Nachgang zu den erzwungenen Prüfungen zum Ersten Schulabschluss, dem Mittleren Schulabschluss und dem Abitur das Märchen einer erfolgreich vollzogenen schulischen Normalität in einer krisenhaften, zutiefst verstörenden Situation zu erzählen. Zum Glück sind die ersten Klagen in Vorbereitung und wir werden erleben, dass die behördlichen pädagogischen Fehlentscheidungen durch Gerichte korrigiert werden.

Pünktlich zu den Mai-Ferien folgte die Ankündigung der BSB, bis zum Sommer jedem Kind einen Tag Schule pro Wo-

che zu ermöglichen – dies sind vier Schultage. Inhaltlich soll dabei der Fernunterricht vor- und nachbereitet werden. Die Hauptlast tragen somit weiter die Elternhäuser. Und die Perspektive ist, dass der Fernunterricht auch nach dem Sommer weitergehen wird.

Nur jetzt dämmert es endlich auch der BSB, dass es im Fernunterricht zu großen Schwankungen in den erbrachten Leistungen kommt; sie kündigt daher »Qualitätsstandards« an. Wer diese primär umzusetzen hat, ist klar: die Eltern. Aus ihrer mehrfachen Belastung als Arbeitnehmer*innen, Eltern und nun auch noch Quasi-Pädagog*innen werden sie vorerst nicht entlassen. Aber wer hat sie gefragt? Niemand. Und wer zollt ihnen Dank oder Respekt – ebenfalls niemand, auch nicht der Schulsenator, der vor den Osterferien noch jubilierte, »man« habe es »den Kritikern« der Digitalkompetenzen von Lehrkräften richtig »gezeigt«. Als ob dies ein hinreichender Beleg wäre für die qualitative und gerechte Ausgestaltung des Unterrichts an Hamburger Schulen. Zumindest seitens der Lehrerschaft hört man, was auch der Senator eingesteht: Die städtische Schulplattform Eduport, die durch das Privatunternehmen Dataport bereitgestellt und gepflegt wird, ist es sicher nicht. Nachdem die Lehrkräfte und Eltern die Arbeit gemacht haben, stellt der Schulsenator sich auf ihre Schultern. Denn deutlich wurde nicht zuletzt durch die Klage der Vereinigung der Hamburger Gymnasialschulleitungen, dass wir es in der Corona-Krise mit einem Totalausfall der verantwortlichen Behörde zu tun haben, sowohl in der Übernahme von Verantwortung als auch der Leitung und Entscheidung über Angelegenheiten der Bildung im Sinne der Schüler*innen und Lehrkräfte. Bäm!

Tipps und Termine

Auch wenn die ersten Einrichtungen wie z.B. Museen ihre Türen wieder geöffnet haben, ist die Zahl der Veranstaltungen doch noch immer recht überschaubar, da etliche Kulturstätten wie beispielsweise Theater coronabedingt weiterhin geschlossen bleiben. Also gibt es auch in diesem »Bürger*innenbrief« wenig Termine, aber immerhin einige Hinweise zu Neuerscheinungen u.ä.



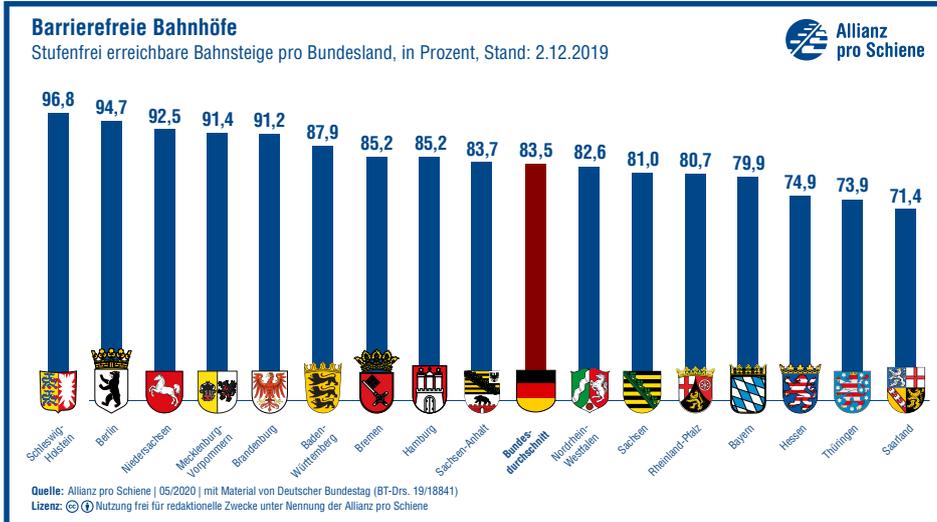
Verweisen wir gleich mal auf den neuen, Mitte Mai publizierten **Immobilienmarktbericht Hamburg 2020**. Das 148 Seiten starke Material wird alljährlich vom **Gutachterausschuss für Grundstückswerte in Hamburg** erarbeitet und versammelt alle wichtigen Daten zu Grundstücksverkäufen, zu den Umsätzen und Preisen bei Wohn- und Wirtschaftsimmobilien. Auch wenn es weniger direkt um Mieten geht, lassen sich aus der Datensammlung doch einige Schlussfolgerungen ziehen. Nehmen wir nur mal diesen Passus aus der Pressemitteilung (PM) des Senats vom 14. Mai: »Bei Eigentumswohnungen lagen die Preise 2019 rund 8% über dem Niveau des Vorjahres. Eine Neubauwohnung in mittlerer Lage mit Fahrstuhl und Einbauküche kostete rund 6.100 Euro pro m² Wohnfläche.« Die PM gibt es hier: www.hamburg.de/bsw/13914312/2020-05-14-bsw-immobilienmarktbericht-2020/. Der Immobilienmarktbericht selbst (und auch frühere Jahrgänge) ist an dieser Stelle zu finden: www.hamburg.de/bsw/grundstueckswerte/7937012/immobilienwerte/

Vom 17. bis 19. Mai fand in der Fux-Kaserne in Altona das **6. Bundesweite Recht-auf-Stadt-Forum** »online und dezentral« statt. Zweieinhalb Tage wurde zu verschiedenen Themen, insbesondere auch zur Wohnungs- und Mietenproblematik diskutiert. Einen Einblick vermitteln zwei jeweils gut zweistündige Youtube-Videos unter www.youtube.com/watch?v=HguFh800fFs und www.youtube.com/watch?v=ZaYOSc4Yuf4. Aus einer der Arbeitsgruppen – einem Workshop des Aktionsbündnisses gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn – ist der Vorschlag erwachsen, **am 20. Juni einen bundesweiten Aktionstag** durchzuführen. In möglichst vielen Städten sollen für diesen Tag Kundgebungen etwa unter dem Motto »Mietenerlass jetzt! Wir zahlen nicht für Eure Krise« oder »Weniger Einkommen? Weniger Miete!« organisiert werden.



Pünktlich zum Recht auf Stadt Forum 2020 ist die **dritte Ausgabe der Zeitschrift »Común«** erschienen, bisher allerdings erst in elektronischer Form (www.comun-magazin.org). Wer die Printversion bevorzugt, meldet sich hier: info@comun-magazin.org, eine Spende von 6 bis 8 Euro wäre klasse. »In Común #3 werfen wir auch Schlaglichter auf stadtpolitische Interventionen und solidarische Praxen in Zeiten von Corona. Vor allem aber versammeln wir hier wieder **Beiträge zu stadtpolitischen Themen und aus Recht auf Stadt-Bewegungen** quer durch die Republik und über Deutschland und Europa hinaus, die vor oder mit Beginn der Corona-Krise verfasst wurden, sich also nicht unmittelbar darauf beziehen. Im Schwerpunkt geht es um eine ganz andere Form von #NachbarschaftsChallenge, nämlich um die Frage, wie widerständige Nachbarschaften Stadt mitgestalten und verändern.«

Hinsichtlich der mittlerweile **barrierefreien Bahnhöfe** nimmt **Hamburg** nach wie vor einen der mittleren Plätze im bundesweiten Vergleich ein. Laut Erhebung des gemeinnützigen Verkehrsbündnisses Allianz pro Schiene sind hier mit Stand vom 2. Dezember 2019 **85,2% aller Bahnsteige stufenfrei** erreichbar. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 83,5%, weit vorne rangiert Berlin mit 94,7%, am Ende das Saarland mit 71,4% (www.allianz-pro-schiene.de/presse/pressemitteilungen/viele-bahnhoefe-machen-es-rollstuhlfahrern-schwer/).



In einer Onlinekonferenz am **Mittwoch, den 27. Mai** (16.00 bis 17.30 Uhr), wollen die Patriotische Gesellschaft, die Evangelische Akademie der Nordkirche und die Initiative Hamburg entfesseln das bereits seit längerem betriebene Projekt **Altstadt für Alle!** voranbringen. Der interaktive Workshop dient in Coronazeiten ohne Möglichkeiten des direkten Miteinanders dazu, umsetzbare Vorschläge für den bevorstehenden Sommer zu entwickeln und den inneren Stadtraum weiterhin mit innovativen Ideen zu beleben. Für die Teilnahme an der Videokonferenz bitte rechtzeitig hier melden: <https://crm.patriotische-gesellschaft.de/de/civircm/event/register?reset=1&id=389>

Woran arbeiten wir in dieser Legislatur?

Hanno Plass berichtet über den Entwurf zum inklusiven Schulgesetz



Sabine Boeddinghaus bei der Vorstellung des Inklusiven Schulgesetzes, 25.11.2019
(Foto: Joachim Geffers)

Ende 2019 stellte Sabine Boeddinghaus mit ihren Mitstreiter*innen Helga Wendland, Christiane Albrecht und Ulrich Vieluf den Entwurf eines neuen Schulgesetzes vor.

Dieses Schulgesetz nimmt sich die beiden Konventionen der Vereinten Nationen über Kinderrechte und die Rechte von Behinderten zur Grundlage. Beide Konventionen wurden von der Bundesrepublik gezeichnet und harren der Umsetzung. Das Recht auf den Besuch einer Regelschule für Kinder mit einem so genannten sonderpädagogischen Förderbedarf im §12 Hamburgisches Schulgesetz zu verankern, war ein richtiger erster Schritt. Es ermangelt aber einer zeitgemäßen Umsetzung. Denn in ihrer Untersuchung des Standes der Inklusion in Hamburg kommen die Professoren Schuck und Rauer zu einem katastrophalen Ergebnis: Wie die Inklusion hier gemacht wird, untergräbt ihren Gedanken, ihre Akzeptanz und bringt die Kinder in der Konsequenz um ihr Recht auf Bildung.

Der von der LINKEN vorgelegte Entwurf zollt den UN-Konventionen Respekt und verfolgt ihre pädagogischen Implikationen. Diese sollen auch in der Rechtsform festgehalten werden. Weshalb aber ein neues Schulgesetz? Weil es seit der Schulreform vor zehn Jahren vielfach geändert wurde und eher Stückwerk als einheitliches Gesetz ist. Zudem war es wichtig, den Geist der Rechte von Kindern und Behinderten

in alle Paragraphen einzubringen und Schule endlich aus der Perspektive ihrer »Nutzer*innen« zu organisieren. Schulen sind zentraler Lern- und Lebensort für unsere jungen Menschen und müssen ihre jeweiligen Bildungsanliegen und Interessenslagen aufnehmen, begleiten und unterstützen.

Wer jetzt schon einen Eindruck gewinnen möchte, sei herzlich eingeladen, sich die Materialien auf www.linksfraktion-hamburg.de/schulgesetz herunterzuladen. Für unsere Arbeit liefert der Entwurf für ein neues Schulgesetz den Kompass und die Grundlage für die Diskussion der Weiterentwicklung unseres Schulsystems.

Dr. Hanno Plass ist wissenschaftlicher Mitarbeiter von Sabine Boeddinghaus. Er hat Geschichte und Soziologie studiert und über die Beteiligung südafrikanischer Juden und Jüdinnen im Kampf gegen die Apartheid promoviert (www.verbrecherverlag.de/book/detail/1026). Neben der wissenschaftlichen Anbindung an das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin ist er Vorsitzender der Rosa Luxemburg Stiftung Hamburg sowie Mitglied im Verband der Historikerinnen und Historiker in Deutschland, im Denkmalverein Hamburg, beim FC St. Pauli und der Internationalen Georg Lukács Gesellschaft.

Fahrradstadt Hamburg in weiter Ferne

Heike Sudmann über Strampeln in der Corona-Krise



Provisorium an der Alster (Foto: Michael Joho)

Das Radfahren in Hamburg bleibt ein strittiges Thema, auch nach der Einigung der Bürgerschaftsmehrheit mit der Volksinitiative »Radentscheid Hamburg – Sichereres Radfahren für alle, überall in Hamburg« (die betreffende Bürgerschafts-Drucksache 22/106 ist hier zu finden: www.buergerschaft-hh.de/parldok/vorgang/63947). Nachdem die Volksinitiative im letzten Jahr die notwendigen Unterschriften gesammelt hatte, begannen die Verhandlungen mit den rot-grünen Fraktionen der Bürgerschaft. Leider wurden auch dieses Mal die Oppositionsfraktionen nicht in die Verhandlungen einbezogen.

Die Volksini hat irre viel ehrenamtliche Arbeit in die Verhandlungen gesteckt, sie hat gekämpft und geackert. Sie hat erreicht, dass Kinder und Senior*innen mit ihren Bedürfnissen und Anforderungen an den Radverkehr stärker in das Bewusstsein der Verantwortlichen gerückt werden konnten.

Rot-Grün hingegen hat die Volksini in vielen Punkten auflaufen lassen. Es gibt so gut wie keine Maßnahme in der Einigung, die konkret mit dem notwendigen Personal und den notwendigen Finanzen ausgestattet ist. Nur für die Parkraumüberwachung werden mindestens 14 neue Stellen festgeschrieben. Doch bei der Planung und dem Bau der Infrastruktur für die sicheren Schulwege, für geschützte Radfahrstreifen und vieles mehr gibt es nur Absichtserklärungen. Kein Wunder, dass die Volksini selbst auch bedauert, dass sie hier keine verbindlichen Festlegungen erringen konnte.

Wie wenig ambitioniert die Noch- und Bald-wieder-Koalitionär*innen bei der Förderung des umweltfreundlichen Radverkehrs sind, zeigt sich auch in der aktuellen Corona-Situation. Die vielen Menschen, die aus Angst vor einer Ansteckung Bus und Bahn meiden, scheinen sie ins Auto treiben zu wollen. Anders ist es jedenfalls nicht zu verstehen, weshalb sich Rot-Grün einer Umverteilung des Straßenraums – weniger fürs Auto, mehr fürs Rad und für die Fußgänger*innen – komplett verweigert. Auf sehr vielen Hamburger Geh- und Radwegen ist das allseits eingeforderte Mindestabstandsge-

bot von 1,50 Metern wegen der Enge überhaupt nicht einzuhalten. Da bedarf es also schnellstmöglicher Verbesserungen. In der Bürgerschaftssitzung am 6. Mai hatten wir mit dem Antrag »Platz (ist) da – für mehr Fuß- und Radverkehr in Corona-Zeiten« (Drs. 22/114 vom 22.4.2020, in der Parlamdatenbank hier zu lesen: www.buergerschaft-hh.de/parldok/dokument/70231/platz_ist_da_fuer_mehr_fuss_und_radverkehr_in_corona_zeiten.pdf) gezeigt, wie es gehen kann. Andere Metropolen machen es uns längst vor, wie alternative Verkehrspolitik auch und gerade in Zeiten von Corona gestaltet werden kann.

Nehmen wir das rot-rot-grüne **Berlin**, das in den vergangenen Wochen sogenannte Pop-up-Bikelanes eingeführt hat, temporär eingerichtete Fahrradstreifen auf/an mehrspurigen Straßen. Damit Kinder mehr Platz zum Bewegen mit Rollern, Fahrrädern oder auch zum Spielen mit Straßenmalkeide haben, werden im Bezirk **Friedrichshain-Kreuzberg** öffentliche Straßen zur Verfügung gestellt. Damit soll auch den Überlastungen der Parks und Grünanlagen entgegengewirkt werden. Unter dem Motto »Straßenland in Kinderhand« werden seit dem 3. Mai bis zu 30 Straßen an Sonn- und Feiertagen für Fahrzeuge gesperrt. Bürger*innen und Nachbarschaftsinis sorgen als Pat*innen dafür, dass zwischen 12 und 18 Uhr der Straßenraum den Menschen gehört (www.berlin.de/ba-friedrichshain-kreuzberg/aktuelles/pressemitteilungen/2020/pressemitteilung.926016.php).

Brüssel geht noch einen Schritt weiter. Nach Aufhebung der Ausgangssperren wird ab Mai die gesamte Innenstadt zur Vorrangzone für Fuß- und Radverkehr, die Höchstgeschwindigkeit für Autos und Busse beträgt dann in diesem Gebiet 20 km/h. Ab 2021 gilt im gesamten Stadtgebiet Tempo 30. Selbst der ADAC berichtet über dieses Experiment der »Vélorution« und warnt lediglich davor, »dass die Stadt nun überannt werden könnte und das Gegenteil von Distanzieren eintritt« (www.adac.de/news/bruessel-autofrei/).

Und dann haben wir noch **Wien**, wo temporär Begegnungszonen geschaffen worden sind: Straßenbereiche, die von Autofahrer*innen, Radler*innen und Fußgänger*innen gleichberechtigt genutzt werden können. Laut ganz unaufgeregter Website des österreichischen Automobilverbandes sind im April zunächst 13 Straßen zu solchen Begegnungszonen erklärt worden (www.oeamtc.at/news/wien/temporaere-begegnungszonen-37340323).

Am 14. Mai berichten die unabhängigen Riff-Reporter*innen über die Verkehrswende in **London**. »Der Bürgermeister von London, Sadiq Khan, hat gerade angekündigt, Teile des Londoner Stadtzentrums in eine der größten autofreien Zonen aller Hauptstädte der Welt zu verwandeln. Dies sei notwendig, um eine physische Distanzierung im öffentlichen Nahverkehr in London zu ermöglichen, die zunehmende Anzahl von Fußgängern und Radfahrern zu schützen und die Luftqualität der Stadt zu verbessern.« (www.riffreporter.de/klimasocial/becker-verkehrswende-push-corona/).

Apropos Luftqualität: In Hamburg hat sich beispielsweise die umweltverpesternde Stickstoffdioxid-Konzentration

(NO₂) von Anfang März bis Mitte April bei einigen Hamburger Messstationen nahezu halbiert (www.hamburg.de/presse-archiv-fhh/13868008/2020-04-21-bue-luftqualitaet/).

In Madrid, in Bogota, in nordamerikanischen Städten werden Autostraßen für Rad und Fuß umgenutzt. Überall auf der Welt verändert sich was. Nur in dem gallischen Dorf Hamburg bleibt alles beim Alten. Für die hiesige SPD und die GRÜNEN scheinen Pop-up-Bikelanes, Begegnungszonen und Spielstraßen reines Teufelszeug zu sein. Selbst das »Hamburger Abendblatt« schrieb in einem Kommentar schon am 9. November 2019: »Die Schaffung neuer Radwege ist keine Raketenwissenschaft, mitunter reichen schon ein paar Eimer Farbe. Und der Umstieg aufs Rad ist keine Zumutung, sondern für viele Hamburger ein Kinderspiel. Man muss es nur wollen.« Rot-Grün will es nicht. Unseren Antrag haben sie noch nicht mal im Ausschuss beraten wollen, sondern ihn rundweg ohne Begründung abgelehnt.

So wird Hamburg nie im Leben Fahrradstadt, egal wie oft Rot-Grün sich selbst mit diesem Begriff schmückt.

Die Sofortforderungen des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs (ADFC) Hamburg laut Pressemitteilung vom 24. April 2020:

Der Fahrradclub benennt vier konkrete Sofortprogramme, die der künftige Senat mit messbaren und wirksamen Maßnahmen, Zeitplänen, ausreichend Geld und Personal noch in diesem Jahr auf den Weg bringen soll:

#QuartiereFürMenschen

Unter diesem Motto fordert der ADFC die Ausweitung verkehrsberuhigter und vor allem autoarmer Wohngebiete. »Ziel muss sein, den heute noch starken Kfz-Durchgangsverkehr aus diesen Quartieren rauszuhalten«, so Campaignerin Verkehrspolitik Wiebke Hansen. Erschließungsstraßen, die heute auch zum Durchqueren der Wohnquartiere genutzt werden, sind umzugestalten. Für diese im Kern autofreien Viertel soll es in allen sieben Hamburger Bezirke Pilotprojekte wie »Ottensen Macht Platz« geben, die dann natürlich auch den ganzen Bezirk in Blick haben.

#MitdemRadzurSchule

Als zweiten Schwerpunkt fordert der ADFC ein flächendeckendes, detailliertes Programm zur Schaffung von sicheren Schulwegen mit dem Rad oder zu Fuß sowie ausreichend dimensionierte Abstellanlagen an allen Hamburger Schulen. »Dass Kinder und Jugendliche zu Fuß oder mit dem Rad sicher unterwegs sind, muss selbstverständlich werden«, so Hansen.

#Tempo30fürHamburg

Drittens fordert der Fahrradclub, dass rund um jede soziale Einrichtung – ob Kita, Schule oder Senioreneinrichtung – Tempo 30 oder weniger angeordnet wird. Außerdem überall dort, wo Luftbelastung und Lärm zu stark sind, wo Radfahrer*innen im Mischverkehr unterwegs sind oder die

Radverkehrsanlagen nicht den Mindestmaßen entsprechen. Hamburg muss sich zudem im Bund für Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit innerorts stark machen.

#EineSpurFürsRad

Dem vierten Programm hat der Fahrradclub die Überschrift #EineSpurFürsRad gegeben: Auf allen Magistralen Hamburgs wird eine Fahrspur für den Radverkehr abgetrennt, sodass auch auf diesen Straßen Menschen jeden Alters sicher und entspannt mit dem Rad unterwegs sein können. Mit dieser Maßnahme für bessere Radverkehrsbedingungen müsse der Senat schon jetzt beginnen und sogenannte Pop-up-Bikelanes nach dem Vorbild Berlins und vieler anderer Metropolen weltweit einrichten, zum Beispiel auf Magistralen wie der Kieler Straße, An der Alster oder Stresemannstraße. Hansen: »Nur mit mehr Platz auf der Straße für Radfahrer*innen und Fußgänger*innen ist gewährleistet, dass die Menschen während der Corona-Pandemie den vorgeschriebenen Sicherheitsabstand einhalten und ihre Gesundheit und die anderer schützen können.«



Foto: Michael Joho

Aus aktuellem Anlass dokumentieren wir eine Presseerklärung der Linksfraktion vom 18. Mai:

Koalitionsverhandlungen: Rot-Grün beerdigt die Verkehrswende

Nach der gestrigen Verhandlungsrunde über eine Weiterführung ihrer Koalition haben SPD und Grüne verkündet, Projekte wie den bereits letztes Jahr versprochenen »Hamburg-Takt« oder das kostenfreie Azubi-Ticket umzusetzen bzw. fortzuführen. Eine Entscheidung über die umstrittene A26 Ost wurde dagegen ebenso vertagt wie über den Flugverkehr und eine autofreie oder wenigstens autoarme Innenstadt. Einzige Neuerung: Als Pilotprojekt soll eine knapp zwei Kilometer lange temporäre Radspur auf einer vierspurigen Straße durch die HafenCity führen. Der versprochene Neubau von jährlich 100 Kilometern Radweg wurde lediglich »in den Blick genommen«.

»Ein absolut schlechtes Ergebnis. Als hätte es die Klimadebatte um den schädlichen Autoverkehr nie gegeben, setzt Rot-Grün auf »Weiter so«, kritisiert Heike Sudmann, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft. »Ganze zwei Kilometer Autospur sollen zum Radstreifen werden, temporär und versuchsweise – weniger geht wirklich nicht.«

Ob Berlin, Wien, Madrid – überall wird Platz für Rad und Fuß auf den Straßen geschaffen. Londons Bürgermeister will sogar die größte autofreie Zone aller Hauptstädte der Welt schaffen, um die zunehmende Anzahl von Fußgänger_innen und Radfahrer_innen zu schützen und die Luftqualität in der Stadt zu verbessern. Hamburg dagegen setzt weiterhin auf Verkehrskonzepte aus dem letzten Jahrhundert. »Kein Wunder, dass die SPD gestern von guten Verhandlungen sprach: Die Grünen sind mal wieder eingeknickt«, meint Sudmann. »Ich gehe jede Wette ein, dass die A26 Ost auch noch gebaut werden soll. Bei der Zustimmung werden die Grünen aber sicher öffentlichkeitswirksam ganz entschlossen mit den Zähnen knirschen...«

Das Lampedusa-Zelt muss wieder her!

Von Scholeh Razani, Lampedusa-Aktivistin



Fotos: Michael Joho

Am 26. März wurde das Lampedusa-Zelt am Steindamm auf Anweisung der Innenbehörde abgerissen. Vorausgegangen waren mehrtägige Verhandlungen mit anwaltlicher Begleitung.

Corona war in Hamburg angekommen und es gab eine Allgemeinverfügung:

Maximal zwei Personen durften sich im öffentlichen Raum gemeinsam aufhalten. Diese wurden für das Lampedusa-Zelt namentlich festgelegt, je zwei Menschen für die Tagschicht, zwei für die Nachtschicht, und die Namen waren bei der Innenbehörde mit Telefonnummern hinterlegt.

Dann hieß es, durch die Existenz des Zeltes würden sich zu viele Menschen in der direkten Umgebung aufhalten. Dem wurde begegnet, indem immer wieder laute Ansagen gemacht und Leute gebeten wurden, den Sicherheitsabstand zu respektieren.

Das Zelt ist außerdem ein wichtiges Signal für die Anwesenheit von »undocumented People« in Hamburg, der Lampedusa-Gruppe, auch ein Ort, um Existenzen zu sichern: Informationsaustausch über Arbeitsmöglichkeiten, Nahrungs- oder Kleiderspenden, Schlafplätze... Was Menschen halt brauchen, die keine gültigen Papiere in Deutschland vorweisen können und daher auch keine Arbeit, keine Wohnung und kein Geld haben. Die Notwendigkeit der Existenzsicherung fiel ja nicht weg wegen Corona. Diese Menschen konnten nicht nach Hause gehen. Es gab keins, das Zelt war das Zuhause.

Und dann wurde trotz aller Übereinkünfte geräumt. Ohne eine alternative Räumlichkeit anzubieten. Der Ort, der seit sieben Jahren hart umkämpft wurde, war weg. Zu dem Schock über die Corona-Situation kam der Schock, dass plötzlich für ca. 80 Menschen aus dem Stand Unterkunft, Nahrung, Kleidung und Geld organisiert werden mussten. Das Kunststück ist gelungen. Dafür hat ein kleiner Haufen Heldinnen rund um die Uhr gerädelt. Auch wir haben seitdem fünf Gäste aus Ghana bei uns. So begann die Story. Aber so sollte sie nicht bleiben – das Zelt muss zurück!

Also habe ich mich mit einer Freundin an einem Nachmittag auf den Lampedusa-Platz gestellt. Wir hatten jede*r ein Schild aus Pappe dabei, auf dem wir die Evakuierung des Lagers in Moria und aller anderen Lager gefordert haben, damit auch diese Menschen, die gerade schon einmal eine lebensgefährliche Reise hinter sich gebracht hatten, sich und alle anderen vor Corona schützen können.

Und wir haben gefordert, dass alle Menschen nach Hause und zum Arzt gehen können. Dass die leerstehenden Hotels und Hostels für Wohnungslose und Asylsuchende geöffnet werden. Dass es einen anonymen Krankenschein gibt, nach dem Vorbild von Portugal, London, Düsseldorf und Frankfurt. Auf dem Gehweg haben wir mit Kreide die Umrisse des Zeltes nachgemalt und unsere Forderungen hineingeschrieben.

Es kamen Polizeibeamte vorbei. Sie haben uns aufgefordert zu gehen. Wir wären eine ungenehmigte Versammlung. Unserer Entgegnung, dass wir ja nur zwei Frauen mit Schildern, keine Versammlung seien, wollten sie nicht folgen. Wir sollten unsere Personalien angeben und bekamen Strafanzeigen wegen Verstoßes gegen die Allgemeinverfügung.

Doch wir wollten weiterhin unsere Solidarität zeigen und die Stadt darauf hinweisen, dass wir hier ein gewaltiges Problem sehen: dass zusätzlich zur Lager- und Gefängnisproblematik 20.000 Menschen in Hamburgs Straßen leben, die nun hochgefährdet und dem Hunger ausgesetzt sind (alle Tafeln hatten geschlossen), aber 72.000 Hotelbetten leerstehen. Und so haben wir uns deshalb weiterhin einzeln oder zu zweit auf und um den Lampedusa-Platz mit Schildern hingestellt.

Wir wurden täglich geräumt oder gleich daran gehindert, den Platz zu betreten und mit Strafbefehlen überzogen. Wir haben auch versucht, eine coronagerechte Versammlung an-



Foto: Michael Joho

zumelden, auch gerichtlich durchzubringen – keine Chance. Die Polizei fand auch, dass eine einzelne Person mit einem Pappschild in der Hand eine Versammlung sei, weil sich andere Menschen dazugesellen könnten, und dann wäre es eine Versammlung. Also: einkaufen im Baumarkt: ja. Auf gefährdete Menschen und Menschengruppen aufmerksam machen: nein.

Dann kam das Urteil des Bundesverfassungsgerichts. Seitdem stehen wir mit 15 Menschen, mit Mund-Nasen-Masken und Abstand montags bis freitags von 17 bis 18 Uhr auf dem Lampedusa-Platz. Wir nutzen den Raum um, stellvertretend für das Zelt, wir sind dort, um zu signalisieren, dass wir gleiches Recht für alle Menschen auf der Erde wollen.

Wir nutzen den Raum aber auch, um eine Stunde am Tag dafür zu sorgen, dass es weniger rassistische Kontrollen gibt. Damit sich Menschen dort treffen und Informationen austauschen können, ohne gleich Gefahr zu laufen, in Gewahrsam genommen zu werden. Wir nutzen den Raum zudem, um uns gegenseitig kennen zu lernen, Brücken zu schlagen, uns zu vernetzen. Und wir nutzen den Raum, um immer wieder zu sagen, dass Menschen in Gefahr sind. Dass wir uns nicht auf Kosten anderer Menschen, Nationen und Kulturen bereichern wollen. Um hinterher auch noch eine ausschließende und tödliche Politik im Land und an den »EU-Außengrenzen« zu betreiben.

Wir wollen leben können, ohne für Leid, Ausbeutung und Zerstörung von Milliarden Menschen und deren Existenzgrundlagen verantwortlich sein zu müssen. Wir wollen Menschenrechte, gutes Leben und Zukunft für ALLE auf der Erde!

Kultur Tipp: Endlich wieder ins Museum!



Hintergrund: MKG Hamburg, 30.10.2017 (Foto: wikimedia/Armineaghayan, CC BY-SA 4.0)

Seit dem 7. Mai haben Hamburgs Museen wieder geöffnet. Nach fast zwei Monaten bieten sich also wieder allerhand Möglichkeiten, sich vertiefend mit Kunstwerken, historischen und sonstigen Ausstellungsstücken aller Art zu beschäftigen. Wer sich einen schnellen Überblick verschaffen möchte, was zurzeit so im Angebot ist, schaut einfach unter www.hamburg.de/museum-hamburg/. Hier gibt es auch zum wiederholten Mal die Hinweise zu den nötigen Verhaltensmaßnahmen: Abstandspflicht usw.

Dieses Mal sei das Museum für Kunst und Gewerbe (Steintorplatz) herausgehoben. Nicht nur, dass es im Netz sage und schreibe 15.000 Objekte aus der Sammlung zu bestaunen gibt (<https://sammlungonline.mkg-hamburg.de/>), hier ist jetzt eine schon Ende Februar, aber dann bald coronabedingt wieder verschlossene Ausstellung mit 400 ausschließlich eigenen Exponaten von rund 200 Künstler*innen und Designer*innen aus den vergangenen zwei Jahrhunderten zu sehen. Das MKG verfügt über eine der größten Plakatsammlungen der Republik, insbesondere auch aus der Hochzeit der Plakatkunst, die eng mit dem Aufkommen des Jugendstils um 1900 verbunden ist. Die Ausstellung »Das Plakat« bietet nach eigenen Angaben »einen groß angelegten und repräsentativen Überblick über die Geschichte des Plakates von den Anfängen im frühen 19. Jahrhundert bis heute. Im Plakat treffen Kunst und

Geschichte, Design und Werbung aufeinander. Plakate begleiten politische Ereignisse genauso wie die Film- und die Theatergeschichte. Sie dokumentieren die gesellschaftliche Entwicklung und spiegeln nicht zuletzt die Kunst und ihre wechselnden Stile. Porträts von Politiker*innen findet man auf Wahlplakaten, die von Musiker*innen auf Konzertplakaten, die Industrie wirbt für ihre neuen Produkte, die Tourismusbranche für die schönsten Reiseziele und selbst für Websites wird mittlerweile mit Plakaten geworben. Es gibt keine zweite Kunstgattung, die bis heute unseren Alltag in einer solchen Breite begleitet.«

Plakate haben den Vorteil, buchstäblich ins Auge zu springen, die Aussagen auf meist klare Weise zu präsentieren, ohne dabei auf künstlerische Gestaltung zu verzichten. Die Ursprünge der Plakatkunst gehen übrigens zurück auf den »Poster-Boom« um 1830, als in Paris und London Bücher und Theateraufführungen mit Plakaten angekündigt wurden. Seitdem haben Plakate ihren Siegeszug vor allem in der Politik und Werbung angetreten, spielen aber natürlich nach wie vor in der Bewerbung von Veranstaltungen, Theaterdarbietungen und Filmvorführungen etc. eine zentrale Rolle. Alles das lässt sich an der beeindruckenden Auswahl der Exponate im MKG bestaunen. Mehr dazu gibt's hier: www.mkg-hamburg.de/de/ausstellungen/aktuell/das-plakat.html.

Mit diesem Bürger*innenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen Bürger*innenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie an: heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de. Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Lilienstr. 15, 20095 Hamburg; Sabine Boeddinghaus, Abgeordnetenbüro Wallgraben 24, 21073 Hamburg